

Regierung plant mehr Verstaatlichungen: Was bedeutet das für das Burgenland?

Regierungsprogramm im Burgenland: SPÖ und Grüne setzen auf Verstaatlichung, während NEOS Kampf für Transparenz und Kontrolle ankündigen.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - In einer scharfen Kritik an den heute vorgestellten Plänen der zukünftigen Landesregierung aus SPÖ und Grünen hat NEOS-Landessprecher Christoph Schneider die fehlende Transparenz und echte Maßnahmen für das Burgenland bemängelt. Laut **OTS** sind die 130 Seiten des Regierungsprogramms insbesondere ein Bekenntnis zum „Roten Netzwerk“ von Herrn Doskozil, ergänzt durch einen „grünen Faden“. Schneider betont, dass in den kommenden fünf Jahren weder im Landtag noch in der Landesregierung mit einer konstruktiven Kontrolle gerechnet werden kann. Die NEOS sehen sich daher in der Verantwortung, dieser Rolle auch außerhalb des Landtags gerecht zu werden, da die neue Koalition die Probleme der vergangenen Regierung unkritisch weiterführt.

Familie und Beruf im Fokus

Die neue Landesrätin für Familie, Frauen und Bildung, Daniela Winkler, hat sich dazu geäußert, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen für sie ist. Sie ist zweifache Mutter und kennt die Herausforderungen, mit denen Eltern konfrontiert sind. Winkler erklärte, dass bereits viel im Burgenland in dieser Hinsicht getan wurde, aber noch viel Arbeit vor uns liegt. „Wenn die Rahmenbedingungen angepasst und

festgelegt werden, steht einer Karriere von Müttern nichts im Wege,“ so Winkler. Bildung soll für alle leistbar sein, um den jungen Menschen im Burgenland die besten Chancen und Perspektiven zu bieten, erklärt sie weiter. Ihrer Meinung nach ist dies entscheidend für das Wachstum des Landstrichs, wie in der Darstellung von **Burgenland.at** nachzulesen.

Schneider kritisierte zudem die Verstaatlichung problematischer Unternehmen und die mangelnde Diskussion über die Landesholding während der Koalitionsverhandlungen. Anja Haider-Wallner, ein Mitglied der neuen Regierung, gab zu, dass dieses Thema zu keinem Zeitpunkt tiefgehend besprochen wurde. Für die NEOS bedeutet dies, dass die Bedenken aus dem Wahlkampf nun völlig ignoriert werden. Schneider fordert, die Jugend im Burgenland stärker zu integrieren und hat bereits im Wahlkampf konkrete Ideen dazu präsentiert.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.burgenland.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at